



N i e d e r s c h r i f t

über die 4. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 am 14.06.2024

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 14:30 Uhr
Ende: 16:05 Uhr

Teilnehmer/innen:

Herr Oberbürgermeister Grantz
Herr Stadtrat Skusa

SPD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Batz
Herr Stadtverordneter Hoffmann
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
Herr Stadtverordneter Ofcarek

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok
Frau Stadtverordnete Milch
Frau Stadtverordnete Steinbach

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Herr Stadtverordneter Kaminiarz

Vertretung für Herrn Baumann-Duderstaedt

BD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

Fraktion DIE LINKE

Frau Stadtverordnete Brand

Vertretung für Herrn Secci - unentschuldigt

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

WfB-Fraktion

Frau Stadtverordnete Baltrusch

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Einzelstadtverordneter Class Schott

Herr Stadtverordneter Schott

Unentschuldigt

Weitere Teilnehmer:

Direktor Ortspolizeibehörde:

Herr Ortgies

Bürger- und Ordnungsamt:

Herr Herbrig

Feuerwehr:

Herr Cordes

Herr Oberbürgermeister Grantz eröffnet die Sitzung um 14:30 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

1. Einwohnerfragestunde

1.1. Einwohnerfrage Herr Friedrich H. Rohde zum Thema „Wie ist die Reihenfolge beim Notruf?“

XI 9/2024

Herr Stadtrat Skusa beantwortet die Einwohnerfrage wie folgt:

Die fünf Standard-Kurzfragen wurden bis zum Anfang der Jahrhundertwende in jedem Erste Hilfe Kursus wie folgt gelehrt.

- Wer: Wer ist der Anrufer
- Wo: Wo befindet sich der Anrufer
- Was: Was ist passiert
- Wie viele: Wie viele Verletzte gibt es
- Warten: Warten sie auf Rückfragen der Leitstelle

Grundsätzlich haben die 5 W Fragen nicht an Bedeutung verloren. Jedoch haben sich in der Notrufabfrage entscheidende Veränderungen durchgesetzt die sowohl dem Patienten als auch den Ersthelfern zu Gute kommen.

Notrufabfrage damals

In den Erste Hilfelehrgängen wurden die 5 W Fragen so gelehrt, dass diese auswendig gewusst werden mussten und nur bei der Beantwortung in der richtigen Reihenfolge auch die passende Hilfe durch die Leitstelle entsandt werden konnte. Diese Lehre setzte die Ersthelfer, welche in der Regel absolute Laien sind, in einer für sie ungewohnten und für sie nicht kontrollierbaren Situation unter Druck. Durch diesen Druck konnte es vorkommen, dass für das Outcome des Patienten oder den Erhalt von Hab und Gut wichtige Informationen nicht übermittelt wurden, sodass nicht die richtigen oder nicht ausreichend Rettungsmittel durch die Leitstellen entsendet wurden. Gleichzeitig konnte die emotionale Erregung und die damit verbundene Schilderung des Geschehens dazu führen, dass Rettungsmittel und damit wertvolle Ressourcen überzogen eingesetzt wurden.

Die Gesprächsführung ging von dem Anrufenden aus und die Disponenten verarbeiteten nur die ihnen zur Verfügung gestellten Informationen. Die weitere Nachfrage der Disponenten um weitere wichtige Informationen zu bekommen beruhte auf der Grundlage von Berufserfahrung und Verfassung des Disponenten.

Notrufabfrage heute

Die heutige Notrufabfrage ist so ausgerichtet, dass der Hilfeersuchende nur noch die Nummer des Notrufes wissen muss. Der notrufführende Disponent wird von Beginn an die Gesprächsführung übernehmen und die wichtigen Fragen anhand eines digital zur Verfügung gestellten Fragenkataloges abfragen.

Die ersten vier Fragen sind immer gleich:

- **„Notruf Feuerwehr und Rettungsdienst. Wo ist der Notfallort“**
Der Ort des Geschehens steht in der Reihenfolge der Fragen an erster Stelle, da selbst wenn der Anruf abbricht oder der Anrufende für weitere Äußerungen keine Kraft mehr haben sollte, Hilfe entsendet werden kann.
- **„Unter welcher Telefonnummer kann ich sie jetzt erreichen“**
Mit dieser Frage wird sichergestellt, dass der Anrufende bei Bedarf durch die Leitstelle für Rückfragen erreichbar ist. Dieses kann zum Beispiel der Fall sein, wenn die Rettungsmittel aufgrund einer schwierigen Örtlichkeit die Einsatzstelle nicht sofort finden.
- **„Wie heißen Sie“**
Diese Frage dient zur Dokumentation der Anruferidentität. Diese ist für einen eventuell notwendigen Aufbau einer Beziehungsebene zum Anrufer wichtig. Dient aber auch der Zuordnung der Identität bei möglichen Strafverfahren.

- **„Was ist passiert“**

An dieser Stelle ist die weitere Notrufabfrage und die damit einhergehenden Fragen abhängig von dem in der Leitstelle genutzten Notrufabfrageprotokoll. Unterschieden werden derzeit zwei Systeme. Die strukturierte und die standardisierte Notrufabfrage.

In der IRLS Unterweser/Elbe wird derzeit noch eine strukturierte Notrufabfrage eingesetzt. Forderungen des Landesausschuss Rettungsdienst Niedersachsen und gesetzliche Vorgaben des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes machen die Einführung einer standardisierten Notrufabfrage notwendig. Daher beziehen sich die weiteren Ausführungen auf die Notrufabfrage mit einem standardisierten System.

Der Disponent stellt ab diesem Punkt weitergehende Fragen, um die Situation vor Ort so genau wie möglich zu erfassen. Der Anrufer wird weiterhin durch das Gespräch geführt. Dieser muss nur die ihm gestellten Fragen beantworten. Die zu stellenden Fragen werden dem Disponenten durch das System vorgegeben. Der Fragenbaum ist abhängig von der Art des Notfallgeschehens und den Antworten des Anrufers. So kann sich bei einem Unfall je nach der Anzahl der Verletzten und Verletzungsmuster oder der Anzahl der beteiligten Fahrzeuge ein unterschiedlicher Fragenbaum ergeben.

An einem gewissen Punkt stehen dem System ausreichend Informationen zur Verfügung. Das System wird anhand der beantworteten Fragen einen Alarmierungscode generieren. Dieser Code spiegelt das Notfallgeschehen wieder und ist mit denen zur Situation passenden Einsatzmitteln versorgt. Diese werden dann durch den Disponenten, noch während der laufenden Notrufabfrage, alarmiert. Je dramatischer und dringender das Notfallgeschehen ist, desto kürzer ist der generierte Fragenkatalog.

Nach erfolgter Alarmierung werden ggf weitere Fragen gestellt oder Handlungsanweisungen erteilt, um die Situation feiner zu erfassen oder zu kontrollieren. Grundsätzlich gilt, dass der Anrufer bei Bedarf bis zum Eintreffen des ersten Rettungsmittels am Telefon durch den Disponenten begleitet oder zur Ausführung weiterer Maßnahmen, wie einer Reanimation, angeleitet wird.

2. Bereich Polizei und Feuerwehr

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 3. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 27.02.2024 **I/XI 3/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift mit zwei Enthaltungen (Herr Freemann und Herr Hoffmann) in der vorgelegten Fassung.

2.2. Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GStVV **I/XI 4/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

3. Bereich Polizei

3.1. Anfragen

Keine.

3.2. Anträge

Keine.

3.3. Mündlicher Bericht zur Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik der OPB - Herr Benjamin Siebert - Leiter der Kriminalpolizei I 5/2024

Herr Siebert berichtet anhand einer Präsentation über die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) der Ortspolizeibehörde und über den aktuellen Sachstand zum Thema Bearbeitungsrückstände (Halde).

Herr Timke bedankt sich für die Darstellung der PKS und gratuliert zur positiven Entwicklung der Aufklärungsquote, die sich deutlich besser darstellen lässt, als die der Polizei Bremen.

Im Zusammenhang mit den in Bremerhaven untergebrachten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die durch Straftaten auffällig wurden, möchte Herr Timke wissen, ob seitens der Polizei Auffälligkeiten bei der genannten Personengruppe, die sich in der Obhut des Jugendamtes befindet, festzustellen sind. Der Ausschussvorsitzende antwortet, dass keine Auffälligkeiten an ihn herangetragen wurden. Herr Siebert bestätigt diese Aussage.

Herr Jürgewitz erkundigt sich, wie hoch der Anteil der Täter ist, die zur Tatzeit alkoholisiert oder drogenabhängig waren, und ob es in den letzten Jahren Verschiebungen in diesen Bereichen gegeben hat. Herr Siebert stellt dar, dass Alkohol bisher immer der Gewaltbeschleuniger Nummer eins war. Einen Langzeittrend lässt sich ohne intensive Untersuchungen jedoch nicht darstellen.

Herr Freemann betont auch die positive Aufklärungsquote. Er geht auf einen negativen Aspekt, die Ressourcenknappheit bei der OPB, ein und möchte von Herrn Siebert wissen, welche Ressourcen gar nicht auskömmlich sind und welche Maßnahmen aus Herrn Sieberts Sicht nötig sind, um eine Veränderung herbeizuführen. Herr Siebert antwortet: „Durch die immer weiter steigende Komplexität bei den Ermittlungen und durch viele rechtliche Änderungen ist ein Mehraufwand entstanden, der Personalbestand ist leider nicht entsprechend mitgewachsen.“

Herr Kaminiarz meldet sich zum Thema Kinderpornographie und dessen Zahlenanstieg in 2023 und fragt, ob der Anstieg der gesetzlichen Änderungen geschuldet ist und bittet Herrn Siebert in diesem Zusammenhang nach einer Prognose für 2024. Herr Siebert erläutert, dass die erwähnte Gesetzesänderung zwar zu einer Entlastung führen könnte, im ersten Halbjahr 2024 jedoch eine Steigerung zu verzeichnen war, da die Meldefälle stetig zunehmen.

Frau Kirschstein-Klingner möchte wissen, welches Stadtgebiet bezüglich der ansteigenden Körperverletzungsdelikte die meisten Straftaten aufweist. Herr Siebert führt aus, dass eine Vielzahl dieser Taten im Zusammenhang mit Alkoholkonsum steht und man daher zumindest eine Häufung im Bereich von Schankwirtschaften und typischen Orten für feierliche Veranstaltungen feststellen könne. Weitere Häufungen in bestimmten Orten lassen sich hier nicht darstellen.

Frau Milch möchte im Zusammenhang mit den Bearbeitungsrückständen wissen, ob Herr Siebert mit der Umstellung der Abarbeitung von Kleinstdelikten eine Einschätzung abgeben kann, inwieweit prozentual oder zahlenmäßig dies zu einem Abschmelzen der Halde führen könnte? Herr Siebert prognostiziert, dass ca. 3000 Fälle, somit 25 % der Gesamtkriminalität pro Jahr dieser abschließenden Sachbearbeitung zugeführt werden können. Inwieweit sich diese Maßnahme dann auf die Reduktion der Halde zurückzuführen lässt, ist schwer zu prognostizieren.

Herr Siebert informiert auf Nachfrage den Ausschuss darüber, dass Diebstahlsdelikte aus dem Bereich Hafen ebenfalls unserer PKS zugeordnet sind, da deren Bearbeitung in unsere Zuständigkeit fällt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Vortrag zur Veröffentlichung der PKS zur Kenntnis.

3.4. Mündlicher Bericht zur Situation Einbruchdiebstahl - Herr Volker Ortgies

Herr Ortgies berichtet über das Lagebild der Einbruchskriminalität anhand einer Präsentation.

Herr Freemann interessiert sich dafür, wie die Einschätzung der Staatsanwaltschaft zur momentanen Entwicklung der abgelehnten Haftbefehle durch die Staatsanwaltschaft wegen des Vorliegens unzureichender Haftgründe ist.

Seitens des Ausschusses wird vorgeschlagen, an die Staatsanwaltschaft heranzutreten und Verantwortliche zu einer der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen, um gemeinsam über das Thema zu diskutieren.

Herr Kaminiarz schlägt vor, Frau Stefanie Wulf als Präsidentin des Amtsgerichtes Bremerhaven und Herrn Oberstaatsanwalt Oliver Constien zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen. Herr Oberbürgermeister Grantz wird Kontakt zu den genannten Personen aufnehmen und zur nächsten Ausschusssitzung einladen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

3.5. Stellenhebungen im Polizeivollzugsdienst zum 01.07.2024

I 4/2024

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus seiner Sitzung vom 25.04.2024 zu den insgesamt 20 Stellenhebungen im Bereich der Ortspolizeibehörde, davon

- 3 Hebungen von A 09 nach A 10
- 10 Hebungen von A 10 nach A 11
- 7 Hebungen von A 11 nach A 12

zur Kenntnis.

3.6. Verschiedenes Polizei

Herr Ortgies kündigt an, dass zur nächsten Ausschusssitzung am 17.09.2024 die Ergebnisse der 4. Mitarbeitendenbefragung vorliegen. Er betont zudem, dass die OPB die einzige Polizei ist, die diesen Prozess strukturell durchführt. Die Auswertungen laufen noch auf Hochtouren, aber Herr Ortgies ist zuversichtlich, dass die Ergebnisse in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt werden können.

Der Ausschussvorsitzende gibt bekannt, dass die Ortspolizeibehörde in diesem Jahr wieder im Bereich Audit Beruf und Familie zertifiziert wird.

Herr Kaminiarz erkundigt sich nach dem Vorfall, dass eine Wahlhelferin rassistischen Beschimpfungen während des letzten Wahltags am 09. Juni ausgesetzt war. Herr Herbrig äußert sich zu diesem Fall, indem er den Vorfall zunächst näher beschreibt. Der Name des Beschuldigten ist bekannt und eine Anzeige wurde erstattet.

Keine weiteren Wortmeldungen.

4. Bereich Katastrophenschutz

4.1. Anfragen

Keine.

4.2. Anträge

Keine.

4.3. Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz

**KatS - I
4/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.4. Fördermitteleinwerbung zur Sicherstellung der Trinkwassernotversorgung (TWNV)

**KatS - I
5/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.5. Verschiedenes Katastrophenschutz

Herr Grantz teilt mit, dass er in der gestrigen Sitzung der StVV zur Kenntnis genommen hat, dass das Notstromsystem mit der BEG weiter ausgebaut werden und auch entsprechend gefördert werden soll.

5. Bereich Feuerwehr

5.1. Anfragen

Keine.

5.2. Anträge

Keine.

5.3. Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen

XI 5/2024

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.4. Sachstandsbericht zum Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf

XI 6/2024

Herr Skusa berichtet, dass es eine Änderung bezüglich des Einweihungstermins gibt. In der letzten Sitzung wurde bekannt gegeben, dass die Einweihung für den 20.07.2024 geplant war. Seit Dienstag, 11.06.2024, ist bekannt, dass sich die Fertigstellung des Außengeländes und die Überwegung in die Straße, d. h. die Bordsteinabsenkung, verzögern. Es ist geplant, die Einweihung nach den Sommerferien im September 2024 durchzuführen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.5. Sachstandbericht zu Themen in der IRLS

XI 7/2024

Der Ausschuss nimmt den Sachstand zur Entwicklung der Einsatzzahlen, den Sachstand zum Projekt Telenotfallmedizin, den Sachstand zur Einführung eines A- KTW sowie zum Sachstand Ausschreibung „Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfragetechnik“ in der IRLS zur Kenntnis.

5.6. Sicherstellung dringend notwendiger Raumbedarfe der Integrierten Regionalleitstelle Unterweser-Elbe (IRLS)

XI 8/2024

Herr Skusa erläutert, dass die Suche nach UnterkunftsKapazitäten für Personal weitergeht, um im Bereich der Zentralen Feuerwache Platz für die Vergrößerung der Leitstelle zu schaffen. Weder eine Containerlösung noch ein Neubau kommen derzeit infrage. Herr Cordes ergänzt, dass es im Moment Abstimmungen mit Seestadt Immobilien und der Magistratskanzlei gibt, da sich in der Gesamtsituation im Magistrat Veränderungen ergeben. Er hofft, dass im nächsten Ausschuss berichtet werden kann, was die neue Zieladresse für Teile der Verwaltungsbereiche sein soll.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

5.7. Verschiedenes Feuerwehr

Herr Cordes berichtet, dass zum Thema „Einführung der Brandverhütungsschau“ – BVS – nach den organisatorischen Schulungsmaßnahmen nun seit Anfang des Monats die Begehungen begonnen haben. Von den etwa 50 vorhandenen Hochhäusern sind die ersten fünf begangen worden, u. a. das Sail City Hotel und GEWOBA-Häuser. Es wurden keine gravierenden Mängel festgestellt. Im Anschluss an die Begehung der Hochhäuser werden die KRITIS-Objekte (Kritische Infrastrukturen) aufgesucht, u. a. die Krankenhäuser und ab 2025 die Kitas, Schulen und Versammlungsstätten. Nach Jahresabschluss wird es einen Zwischenbericht im Ausschuss für öffentliche Sicherheit für die ersten durchgeführten Objekte geben.

Herr Cordes teilt mit, dass seit letztem Jahr eine Drohneneinsatzstaffel mit Gerät und ausgebildetem Personal zur Verfügung steht. Über eine Datenschutzexpertise wurde nun geprüft, dass der Einsatz anlassbezogen auch bei Großveranstaltungen möglich ist, sodass bei den in diesem Jahr stattfindenden Maritimen Tagen die Drohnen eingesetzt werden dürfen.

Die Drohnen sollen anlass- und einsatzbezogen eingesetzt werden, z. B. bei Personen im Wasser, unübersichtlichen Lagen oder beim sog. Crowd-Management, d. h. die Überwachung großer Menschenansammlungen mit dem Ziel, eine Panik zu vermeiden.

Eine Feinabstimmung mit der Luftverkehrsbehörde findet derzeit statt.

Herr Timke hat gehört, dass es in der letzten Woche einen Rettungseinsatz vor dem ehem. St.-Joseph-Hospital gegeben haben soll, und zwar wollten bulgarische Staatsangehörige eine verletzte Person dort hinbringen. Sie orientierten sich an den Hinweisschildern und stellten fest, dass dort nichts mehr besetzt ist. Die Person soll dann dort verstorben sein. Er fragt Herrn Cordes, ob er darüber etwas weiß. Des Weiteren fragt Herr Timke, inwieweit man die Hinweisschilder dort abnehmen kann, damit gerade ausländische Staatsangehörige sich dadurch nicht leiten lassen.

Herrn Cordes ist ein etwas anderer Sachverhalt bekannt, der aber wahrscheinlich den gleichen Fall meint. Er erklärt, dass es sich um einen Patienten handelt, der aufgrund einer Eigenrecherche ins ehem. St.-Joseph-Hospital bzw. AMEOS Bremerhaven-Mitte gefahren ist. Diese Eigenrecherche beruht nach Erkenntnissen der Feuerwehr einmal auf Suchmaschinen im Internet und – im Nebensatz – auch auf Verkehrshinweisschilder. Notrufende haben einen Rettungswagen angefordert, vor Ort wurde der Patient reanimiert und unter Reanimationsbedingungen in das nächste geeignete Krankenhaus gefahren. Über den abschließenden Zustand kann Herr Cordes keine Aussage geben.

Aufgrund der vor Ort gemachten Aussagen, wurde unverzüglich mit dem Gesundheitsamt und AMEOS Kontakt aufgenommen. Beide berichteten nachvollziehbar, dass in den großen Suchportalen alles abgemeldet wurde. Parallel dazu wollte das Gesundheitsdezernat die Frage

der Verkehrslenkung über das Bürger- und Ordnungsamt sowie über das Straßen- und Brückenbauamt noch einmal überprüfen lassen.

Herr Herbrig ergänzt hierzu, dass das Amt 66 bereits gebeten wurde, die genannten Hinweisschilder abzubauen, die sich an diversen Stellen befinden und hofft, dass dieses auch schnellstmöglich passiert.

Herr Timke bitte um Berichterstattung im nächsten Ausschuss, ob die Umsetzung erfolgt ist.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Vorsitzender

Grantz
Oberbürgermeister

Schriftführerin Bereich Polizei

Berndt

Vorsitzender

Skusa
Stadtrat

Schriftführerin Bereich Feuerwehr

Mahlstedt